

TENNET ERÖFFNET EINE FALSCHER PLANUNG – HGÜ SÜDOSTLINK IST EINE SACKGASSE FÜR DIE ENERGIEWENDE!

BUND NATURSCHUTZ KRITISIERT TRASSENPLANUNG SÜDOSTLINK – ENERGIEPOLITISCH DER FALSCHER WEG.

„Atomausstieg und Klimaschutz benötigen Erneuerbare Energien wie Wind und Sonne. Wir ernten Wind- und Sonnenstrom dezentral, regional und lokal. Also erfordert die nachhaltige Umsetzung der Energiewende vor allem regionale Konzepte und Akteure. Eigenstromnutzung, Projekte der Bürgerenergiegesellschaften, Kommunale Unternehmen – das sind die wichtigen Themen. Die Trasse Südostlink der TenneT, ob als Freileitung oder als Erdkabel, ist der falsche Weg, und führt uns nicht auf den Weg der Energiewende. Mit den nun geplanten Erdkabeln werden uns massive Umwelteingriffe aufgezwungen. Umwelteingriffe ohne nachhaltige Rechtfertigung, aber verbunden mit gravierenden Naturzerstörungen. Wir werden uns in Nordostbayern dagegen wehren, vor allem politisch. Und wir werden prüfen müssen, wann wir welche rechtliche Schritte ergreifen müssen“, so Reinhard Birkner, Vorsitzender der Kreisgruppe Bayreuth des BUND Naturschutz in Bayer, e.V.

„Die Bevölkerung soll für unnötige Leitungen bezahlen, aber den Nutzen haben wenige Konzerne und Investoren. Dies ist Geldverschwendung. Die Begründung, dass die Energiewende diese Gleichstromleitungen erfordert, ist faktisch nicht haltbar. Dezentrale Energieerzeugung ist die Lösung und dies erfordert eine Ertüchtigung des vorhandenen Netzes, vor allem der Verteilnetze“, fordert **Sonja Schuhmacher**, Vorsitzende der Ortgruppe Weiden des BUND Naturschutz.

Der aktuellen Planung von SÜDOSTLINK liegt die Novelle des Bundesbedarfsplanausbaugesetzes, auch Gesetz der Energieleitungen genannt, vom Dezember 2015 zugrunde. Dies beruht dem Netzentwicklungsplan 2024 der Bundesnetzagentur am Bundeswirtschaftsministerium.

Dieser Netzentwicklungsplan 2024 berücksichtigt in keiner Weise die Klimaschutzziele der Klimakonferenz von Paris in 2015. Die Planungsgrundlagen verfehlen das internationale Ziel die globale Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das Klimaschutzabkommen von Paris 2015 legte nationale Aktionspläne. Der BUND Naturschutz fordert als nationalen Aktionsplan für Deutschland den Kohleausstieg bis spätestens 2030. 100 Prozent Erneuerbare Energien

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Regensburg,

13.03.2017

PM 023-17/LFG

Energie

müssen bis zum Jahr 2040 erreicht werden. Dies wird mit SUEOSTLINK nicht gelingen.

Nach einem sogenannten „Bürgerdialog“ legte die TenneT nun einen Trassenkorridor von ca. 1000 Meter Breite vor, mit 2 – 3 alternativen Trassenkorridoren. Die mit der Antragskonferenz nun eröffnete Bundesfachplanung soll bis ca. 2018 final einen Trassenkorridor festlegen. Die dann folgenden Planfeststellungsverfahren sollen dann hieraus bis Ende 2020 die konkreten 30 Meter breiten Arbeitskorridore für das Erdkabel festlegen, rechtswirksam fixiert in einem Planfeststellungsbeschluss.

SUEOSTLINK, wie nun auf der Antragskonferenz vorgestellt, ignoriert aktuelle Fachstudien. Die Energiewende erfordert eine andere Organisation des Strommarktes und des Stromnetzbetriebs:

- Die VDE-Studie „zellulärer Ansatz“ von 2015, die zeigt, dass ein rein auf eine 100-prozentige Versorgung aus Erneuerbaren Energien neu ausgelegtes Stromnetz eine deutlich andere Struktur und anderen Umfang als die bisherigen Netzentwicklungspläne aufweisen kann.
- Die aktuelle VDE-Studie „Regionale Flexibilitätsmärkte“, die zeigt, dass mit regionalen Ausgleichsmechanismen und flexibel aufeinander abgestimmtem Betrieb von Einspeisungen bzw. „Demand Side Management“ ein deutlicher Abbau von Engpässen, und mit Kappung von Spitzen eine Minderung des Übertragungs-Netzausbaus erfolgen kann.
- Die Studie der FAU Erlangen und der Prognos AG von 2016, die aufzeigt, dass eine dezentrale Organisation von Strommärkten in Zellen eine Minderung der Gesamtkosten bietet; mit unterschiedlichen Stromknotenpreisen können eine Minderung des Übertragungsnetzausbaus und ein weitgehender Verzicht auf neue Gleichstromtrassen erreicht werden.

Der BUND Naturschutz fordert eine Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung einer Alternativenprüfung eines dezentralen Energiekonzeptes für Deutschland, und darin auch für Bayern, unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte:

- zellulärer Ansatz mit regionalem Ausgleich,
- virtuelle Kraftwerke,
- Energietransport stofflicher Energieträger (Wasserstoff, Methan, ...) hergestellt mit Überschüssen aus Erneuerbaren Energien („Power-to-X“),
- flexibler und Strom-geführter Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung zur Rückverstromung dieser stofflichen Energieträger, um Stromlieferungen aus fluktuierenden Erneuerbaren-Energien-Quellen Windstrom und Sonnenstrom dem Bedarf der Verbraucher anzupassen,

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Regensburg,

13.03.2017

PM 023-17/LFG

Energie

- regionales Strommanagement, mit regionalen Flexibilitätsmärkten, regionalen Stromanbietern, regionalen Bilanzkreisen, ...
- Optimierung der 110 Kilovolt-Hochspannungs-Verteilnetze.

Ohne solch eine Alternativenprüfung, die bis dato in Deutschland nie durchgeführt wurde, fehlt der Planung der TenneT zu SUEDOSTLINK die politische Legitimität.

„Der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer blockiert eine erfolgreiche dezentrale Energiewende. Die Gründe sind schwer zu verstehen. Mit der Einführung der 10-H-Regelung in die Bayerische Bauordnung in 2014 wurde die Planung von Windenergieanlagen von der Regionalplanung in die kommunale Bauleitplanung verschoben. Resultat – die Neuplanung von Windenergieanlagen findet nicht mehr statt. Die CSU hat im Bundestag 2016 der Novellierung des Erneuerbaren-Energie-Gesetzes 2017 zugestimmt. Der neue Modus Ausschreibungen als Zugang zur Vergütung von Wind- oder Sonnenstrom würgt Bayerische Bürgerenergievorhaben ab. Der Ministerpräsident hat im Sommer 2015 dem Bau der Gleichstrom-Trassen zugestimmt, als Erdkabel. Das wird die kommunalen Energie-Unternehmen in Bayern aus dem Markt der Energiewende drängen. Bayern ist nicht nur Schlusslicht in der Energiewende, die Bayerische Staatsregierung blockiert die Energiewende!“, so **Dr. Herbert Barthel**, Referent für Energie und Klimaschutz beim BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Für Rückfragen:

Dr. Herbert Barthel, Referat für Energie und Klimaschutz

Tel.: 0911/81878-17 oder 0151/50489963

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Regensburg,

13.03.2017

PM 023-17/LFG

Energie